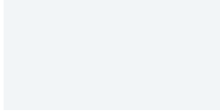


Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller



Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 1000
Telefax +49 (0)221 220 2000
intendant@wdr.de

Per E-Mail: info@publikumskonferenz.de

Köln, 7. September 2023

Ihr Schreiben vom 20. Juli 2023 zur Tagesschau vom 17. Juli 2023

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 20. Juli 2023 zum Beitrag „Moskau stoppt Getreideabkommen mit Ukraine“ in der Sendung *Tagesschau* vom 17. Juli 2023, den ich am 21. Juli 2023 per E-Mail erhalten habe.

Sie führen Beschwerde gegen den Beitrag und führen an, die Aussage, dass seit dem Getreideabkommen mehr als 38 Millionen Tonnen Getreide „*vor allem in ärmere Länder*“ exportiert worden seien, sei unwahr.

Ihr Schreiben vom 20. Juli 2023 werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie in der Sache eine Verletzung des Programmgrundsatzes der Verpflichtung auf die Wahrheit rügen.¹ Weiterhin sprechen Sie den Grundsatz der journalistischen Fairness an.² Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abgeholfen wird.

Gerne erläutere ich Ihnen, wie ich zu meiner Entscheidung gelangt bin:

Zur Beurteilung Ihrer Programmbeschwerde ist abzuklären, ob die kritisierte Passage eine falsche Tatsachenbehauptung enthält, da andernfalls eine Verletzung der Verpflichtung auf die Wahrheit ausscheidet. Auch der von Ihnen zitierte Programmgrundsatz der journalistischen Fairness setzt als auslegungsbedürftige Vorschrift zumindest eine bewusst grob verzerrte Darstellung zu Lasten des von der

¹ § 5 Absatz 4 i. V. m. Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz.

² § 5 Abs. 5 S. 2 WDR-Gesetz.

Berichterstattung Betroffenen voraus. Hiervon ist im Fall Ihrer Beschwerde nicht auszugehen.

Sie argumentieren, einer Veröffentlichung der UN zufolge seien nur 2,5 Prozent der Getreidelieferungen an „die ärmsten Länder“ gegangen. Hier ist es wichtig, sich den genauen Wortlaut des Beitrags vor Augen zu führen, der anders formuliert:

„Seitdem sind mehr als 38 Millionen Tonnen Getreide exportiert worden – vor allem in ärmere Länder.“

Hintergrund der Einordnung des Beitrags ist eine Armutsdefinition, die zwischen Entwicklungs- und Industrieländern unterscheidet. Demnach sind Entwicklungsländer in Relation zu den Industrieländern ärmere Länder. Diese Unterscheidung deckt sich mit der offiziellen Statistik des Europäischen Rates, die dieser im Juli 2023 veröffentlicht hat³. Die Statistik zeigt, dass 65 Prozent des Weizens an Entwicklungsländer und 35 Prozent an Industrieländer gingen. Bei Mais war das Verhältnis ausgewogen, 51 Prozent gingen an Entwicklungsländer und 49 Prozent an Industrieländer. Bei Betrachtung der Getreideaufnahmen insgesamt gingen 57,4 Prozent an Entwicklungsländer, 42,6 Prozent an Industrieländer. Entsprechend zeigt auch die von Ihnen angeführte Quelle, dass 57 Prozent der Exporte an Entwicklungsländer gegangen sind. Die Aussage des *Tagesschau*-Beitrags, die Getreideexporte seien „*vor allem in ärmere Länder*“ gegangen, ist vor diesem Hintergrund zutreffend.

Sie bemängeln ferner, im Beitrag bleibe „*unerwähnt, dass der Teil der Vereinbarung, welcher Russland einen ungehinderten Export seines Getreides und seiner Düngemittel ermöglichen soll, durch die westlichen Länder nie umgesetzt*“ worden sei. „*Komplett unterschlagen werde zudem, dass eine solche Vereinbarung überhaupt existiert.*“

Zu diesen Vorwürfen möchte ich auf den Sendetext verweisen:

„Kremlsprecher Peskow nannte Bedingungen für die Wiederaufnahme: ‘Ich wiederhole noch einmal: Wenn der Russland betreffende Teil des Schwarzmeerabkommens umgesetzt ist, wird Russland sofort zum Abkommen zurückkehren.’

Moskau fordert seit Monaten unter anderem Erleichterungen bei den Sanktionen für seine eigenen Düngemittel- und Lebensmittelexporte.“

Dieser erste von insgesamt drei O-Tönen des Beitrages stellt somit die russische Position zum Thema dar, ist somit als Einstieg in die Nachricht prominent und deutlich platziert. Der Vorwurf, dass der Beitrag die Existenz einer solchen Vereinbarung unterschlägt, trifft damit nicht zu.

³ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/ukrainian-grain-exports-explained/>
2/3

Soweit Sie kritisieren, dass „*die Ärmsten der Welt*“ durch Bildzuschnittschnitte hungernder Kinder instrumentalisiert würden, kann ich lediglich darauf verweisen, dass der Beitrag keine solchen Bilder enthält.

Sie führen schließlich in einer Ergänzung zu Ihrer Programm Beschwerde aus, „*die aktuelle Umwidmung der Ukraine seitens Politik und Medien von der ‚Kornkammer Europas‘ zur ‚Kornkammer der Welt‘ lasse jedweden Realitätssinn vermissen.*“ Auch zu dieser generellen Kritik sehe ich keinen konkreten Anknüpfungspunkt in dem Programm Beschwerdeverfahren. Eine entsprechende Formulierung findet sich im kritisierten Beitrag an keiner Stelle.

Vor dem Hintergrund ist Ihrer Beschwerde unter keinem der vorgebrachten Aspekte abzuhelpfen.

Es bleibt Ihnen unbenommen, gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er sich mit der Programm Beschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen wie der Intendant. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinem Schreiben die Grundsätze des Programm Beschwerdeverfahrens verdeutlichen konnte, und die Überlegungen, die in Ihrem Fall zu meinem Bescheid geführt haben, nachvollziehbar sind.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow